Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz

Deutsches Rotes Kreuz



Geschäftsbericht

2025

Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz VVaG

INHALT

Auf einen Blick _____ 1

Lagebericht _____ 2

Bilanz zum 31. Dezember 2025 _____ 15

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 _____ 17

Anhang _____ 18

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers _____ 32

Bericht des Aufsichtsrates _____ 33

Die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer _____ 39

AUF EINEN BLICK

Auf einen Blick

	2025 TEUR	2024 TEUR	2023 TEUR	2022 TEUR	2021 TEUR
Deckungsrückstellung	**821.626**	798.620	762.107	733.499	711.233
Verlustrücklage	**31.700**	28.050	26.700	23.700	21.500
Kapitalanlagen	**895.649**	880.083	859.748	829.239	790.378
Bilanzsumme	**927.568**	899.055	878.877	855.264	825.131
Beitragseinnahmen	**21.061**	20.683	19.565	27.710	19.520
Kapitalanlageergebnis	**24.212**	15.718	18.694	16.208	22.954
Versicherungsleistungen	**14.896**	16.255	13.927	13.117	16.026
Versicherte (Anzahl)	**31.821**	31.154	30.500	29.896	28.356



LAGEBERICHT

Lagebericht

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz VVaG (PK DRK) mit Sitz in Bonn ist gemäß § 210 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) eine Pensionskasse in Form eines kleineren Vereins und mit Genehmigung vom 02.01.2012 durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine regulierte Pensionskasse.

Die Träger der PK DRK setzen sich aus den Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz (DRK), fünf weiteren Gliederungen des DRK, dem Verband der Schwesternschaften vom DRK sowie dem Deutschen Roten Kreuz e.V. zusammen.

Als Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) bietet die PK DRK den Mitgliedern und Angestellten der Träger Versicherungen für die Zusatzversorgung an. Bei Erreichen des Pensionsalters wird ein lebenslanges Ruhegeld an die versicherten Personen gezahlt. Eine Erwerbsminderungsrente wird bei Eintritt von teilweiser oder voller Erwerbsminderung vor Vollendung des 67. Lebensjahres gewährt. Wenn ein Versicherter seine berufliche Tätigkeit für einen Träger beendet, bleibt bei Erfüllung der gesetzlichen Unverfallbarkeitsvoraussetzungen eine beitragsfreie Anwartschaft auf die entsprechende Leistung bestehen.

Die aktuelle Satzung der PK DRK trat nach Genehmigung der BaFin vom 26.08.2024 in Kraft. Die jährliche Mitgliedervertreterversammlung fand am 17.07.2025 in Berlin statt.

Die PK DRK ist Mitglied im Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V., Berlin sowie Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorge e.V. (aba), Berlin und im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), Berlin.

Seit dem 01.01.2025 besteht ein Funktionsausgliederungsvertrag mit der Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG in Berlin (Verka VK), der die vollständige Auslagerung des Geschäftsbetriebes der Kasse zum Inhalt hat.

Die Pensionskasse betreibt mit ihren Versicherungsarten ein Altersversorgungssystem und damit ein Finanzprodukt im Sinne der Offenlegungsverordnung. Nach Einschätzung der PK DRK fallen diese Versicherungsarten nicht unter Artikel 8 Absatz 1 oder Artikel 9 Absatz 1, 2 oder 3 der Offenlegungsverordnung. Unter Artikel 8 Absatz 1 bzw. Artikel 9 Absatz 1 bis 3 der Offenlegungsverordnung werden für die Finanzprodukte vorvertragliche Informationen hinsichtlich ökologischer oder sozialer Merkmale sowie über nachhaltige Investitionen verlangt. Deshalb ist für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung ab 01. Januar 2022 gemäß Artikel 7 der Taxonomie-Verordnung folgende formell erforderliche Erklärung abzugeben: „Die diesem Finanzprodukt zugrundeliegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.“

LAGEBERICHT

WIRTSCHAFTSBERICHT

Allgemeine Entwicklung

Um die passivseitigen Verpflichtungen zu erfüllen, ist für die PK DRK der Anlageerfolg am Kapitalmarkt der entscheidende Faktor. Zur Attraktivität einer Pensionskasse gehören gleichfalls möglichst niedrige Kosten für das Versicherungskollektiv insgesamt.

Das Jahr 2025 war wieder ein turbulentes Jahr, geprägt durch den US-Präsidenten Donald Trump und die künstliche Intelligenz. Insbesondere die Aktienmärkte waren aufgrund der geopolitischen Unsicherheiten und schwankender Konjunkturerwartungen volatil. Vom Ende her betrachtet, war das Jahr jedoch wieder ein Gutes. Dax und Euro Stoxx 50 schlossen mit einem Plus von 23 % und 18 %, der US-Leitindex Dow Jones Industrial legte auf Jahressicht etwa 14 % zu, was allerdings aus europäischer Sicht durch eine Dollarabwertung von ebenfalls 14 % aufgezehrt wurde. Das Zinsniveau war moderat höher als im Vorjahr, was weiterhin für gute Wiederanlagegelegenheiten sorgt. Aufgrund des Zinsniveaus bleibt der Druck auf den Bewertungen der Immobilien bestehen, da bei diesen die Transaktionsvolumina im Vergleich zu der vergangenen Niedrigzinsperiode gering waren, was zu Verkaufsabschlüssen unterhalb der Bewertungen führte.

Nach den Angaben des statistischen Bundesamtes liegt die Kerninflationsrate im Jahr 2025 bei 2,8 %, was auf einen weiterhin starken Preisdruck bei Dienstleistungen hindeutet. Die Kernteuerung blieb damit deutlich über dem allgemeinen Inflationsziel von 2 %.

Der Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst 2025 sah eine Entgeltanpassung von 3% vor und war damit wie alle anderen Tarifabschlüsse geprägt von spürbaren Gehaltssteigerungen. Damit brachten die Tarifabschlüsse in Deutschland vielen Beschäftigten deutliche Entgelterhöhungen.

Trotz der steigenden Löhne sinken die Beitragseinnahmen der unter BaFin Aufsicht stehenden Pensionskassen kontinuierlich. In den Jahren 2021 bis 2024 um durchschnittlich 1,6 %. Der PK DRK gelingt es, gegen diesen Branchentrend die Beiträge kontinuierlich zu steigern.

Auch die Kosten der Kasse steigen grundsätzlich mit den tariflichen Anpassungen und durch allgemeine Preissteigerungen bei den Dienstleistungsverträgen. Durch die Ausgliederung des Geschäftsbetriebes sind die Kosten künftig sehr gut planbar bei einem geringeren Risiko allgemeiner Preissteigerungen. Im ersten vollen Jahr der Ausgliederung sind die Kosten insgesamt bereits gesunken und das, obwohl nicht alle Dienstleistungsverträge mit Beginn des Ausgliederungsverhältnis kündbar waren.

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Für den Geschäftsverlauf 2025 sind die finanziellen bedeutsamen Leistungsindikatoren ausschlaggebend. Diese betreffen unter anderem die verdienten Beiträge, die Aufwendungen für Versicherungsfälle, das Ergebnis aus Kapitalanlagen, das Jahresergebnis und die Entwicklung der Verlustrücklage. Die Entwicklung dieser und weiterer Kennzahlen wird im Folgenden näher erläutert. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren gemäß § 289 Abs. 3 HGB, die für die Geschäftstätigkeit der Kasse von Bedeutung sind, liegen derzeit nicht vor.

Die Beiträge sind entgegen der Erwartung und im Vergleich ich zum Vorjahr gestiegen. Die gesamten Leistungen für Versicherungsfälle reduzieren sich. Zwar sind die Zahlungen für

Altersrenten erwartungsgemäß angestiegen, allerdings sank die Zahlung von Rückkaufswerten aus den Insolvenzen für Coburg und Übersee, so dass im Saldo geringere Leistungen als im Vorjahr ausgezahlt wurden.

Das Kapitalanlageergebnis liegt aufgrund von geringerer bilanzieller Risikovorsorge im Bereich der Immobilienfonds und Abgangsgewinnen wie prognostiziert oberhalb des Vorjahresergebnisses. Die geringere aber wiederholte bilanzielle Risikovorsorge in Höhe von 0,6 Mio. EUR (Vj. 9,0 Mio. EUR) wurde aufgrund der zinsbedingten Abwertungen der Verkehrswerte der Immobilien innerhalb der Fonds vorgenommen. Die Fonds schütten laufend Erträge aus, so dass die Wertminderung zwar voraussichtlich dauerhaft ist, die Wirtschaftlichkeit der Investments jedoch weiterhin gegeben ist. Abgangsgewinne fielen in Höhe von 2,7 Mio. EUR (Vj. 0 Mio. EUR) an und waren primär von der Realisierung von Reserven in einem Investmentfonds, bedingt durch eine Umschichtung in direkt verwaltete Renten getrieben. Die Nettoverzinsung stieg daher erwartungsgemäß von 1,8 % im Vorjahr auf 2,7 % bei einer laufenden Durchschnittsverzinsung (vor Abschreibungen und der Realisation von Abgangsergebnissen) von 2,5 % (Vj. 2,8 %).

Aus dem Rohüberschuss von 9,4 Mio. EUR wurden 5,7 Mio. EUR der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und 3,7 Mio. EUR der Verlustrücklage zugeführt, die dadurch auf 31,7 Mio. EUR stieg. Die Solvenzbedeckung stieg von 276 % auf 286 %.

Im Ergebnis konnte die PK DRK in einem weiterhin angespannten Geschäftsumfeld ein wie laut unseren Prognosen im Vorjahr erwartetes Ergebnis erzielen, das eine angemessene Risikovorsorge auf der Aktiv- und Passivseite ermöglichte. Dabei konnte gleichzeitig die Risikotragfähigkeit weiter verbessert werden.

Kapitalmarkt

Das Kapitalmarktumfeld 2025 war geprägt von hoher Volatilität, geopolitischen Spannungen und einer selektiven Marktentwicklung. Trotz einer leichten Erholung der deutschen Wirtschaft (+0,2 %) und Widerstandsfähigkeit an den Weltbörsen zeigten sich Investoren vorsichtig. Dennoch dominierten Technologiewerte und selektive Sektoren.

Die Europäische Zentralbank hat nach ersten Senkungen 2024 den Zinssenkungspfad Anfang 2025 fortgesetzt, pausierte jedoch zwischendurch aufgrund robusterer Wirtschaftsdaten. Sichere Zinsanlagen boten, ähnlich wie im Jahr 2024, weiterhin auskömmliche Möglichkeiten zur Wiederanlage. Insbesondere Anlagen in festverzinslichen Papieren mit bester Bonität waren das ganze Jahr über zu attraktiven Konditionen von über 3 % möglich.

Grundsätze der Anlagepolitik

Die Kapitalanlagepolitik ist langfristig orientiert und hat das Ziel, die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen sicherzustellen sowie nach Möglichkeit eine angemessene Überschussbeteiligung für die Versorgungsberechtigten erwirtschaften zu können.

Die Erfüllbarkeit der laufenden Verpflichtungen muss mit einer hohen Sicherheit langfristig und nachhaltig erfolgen. Das Kapitalanlagevermögen muss dauerhaft die Versicherungsverpflichtungen bedecken. Dies ist die Grundlage der Vermögensanlage und entsprechend in der Kapitalanlageplanung und -strategie umzusetzen und mit geeigneten Instrumenten (mittel- bis langfristige Projektionsberechnungen) laufend zu prüfen.

LAGEBERICHT

Seit dem 01.01.2025 besteht ein Ausgliederungsvertrag mit der Verka Kirchliche Vorsorge VVaG (Verka). Dieser beinhaltet auch die Übernahme des operativen Geschäftes der Kapitalanlagen. Die Zusammenarbeit in der Kapitalanlagenverwaltung mit der DEVK Assetmanagement wurde zum 31.12.2025 beendet.

Zur Erreichung der Ziele der Anlagepolitik strebt die PK DRK möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung der Kapitalanlagen an.

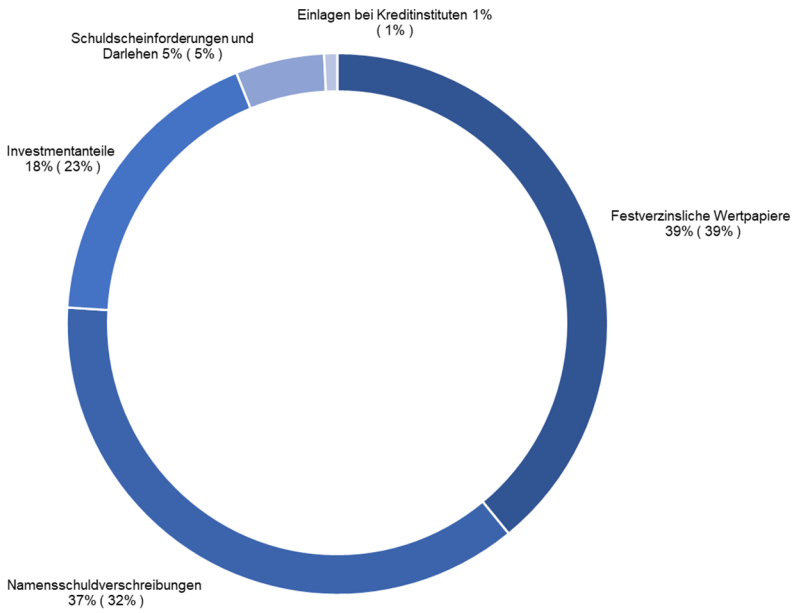
Der Kapitalanlagenbestand unterscheidet sich in direkte und indirekte Anlagen. Die direkten Anlagen bestehen grundsätzlich aus festverzinslichen Anleihen mit guten bis sehr guten Bonitäten (entspricht einem S&P Rating von mindestens A-), die bis zum Ende ihrer Laufzeit im Portfolio verbleiben, sofern dem keine Risikogründe entgegenstehen. Sowohl die Laufzeit, als auch die Zielrendite sind an den passivseitigen Verpflichtungen ausgerichtet.

Bei den indirekten Anlagen erfolgt die Ausrichtung anhand der Vorgaben und Annahmen aus der ALM-Studie. Zur Messung des Erfolges der Manager sind bei den liquiden Anlagen Benchmarks vereinbart, bei den illiquiden Anlagen wird der Erfolg der Manager an den ursprünglichen Renditeerwartungen und vergleichbaren Anlageformen oder Mandaten gemessen. Auch bei den indirekten Anlagen ist der Anlagehorizont auf Ebene der Mandate langfristig.

Vermögenslage

Zum Geschäftsjahresende beträgt der Kapitalanlagebestand 895,6 Mio. EUR (VJ 880,1 Mio. EUR). Die Bewertungslasten stiegen im Vergleich zum Vorjahr (mit 33,9 Mio. EUR) auf 66,9 Mio. EUR an. Diese Veränderung ist im Wesentlichen zinsinduziert. Der Kapitalanlagebestand auf Buchwertbasis setzte sich anteilig in der Durchschau wie folgt zusammen:

Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands (Buchwert) zum 31.12.2025 (VJ in Klammern):



Die Liquiditätsplanung der PK DRK erfolgt fortlaufend unter Einhaltung einer definierten angemessenen Liquiditätsreserve.

Ertragslage

Die Beitragseinnahmen verteilen sich auf die einzelnen Versicherungsarten wie folgt:

BEITRAGSEINNAHMEN	01.01.-31.12.2025		01.01.-31.12.2024		VERÄNDERUNG	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Rückdeckungsversicherung	9.534	45,3	9.843	47,5	-309	-3,1
Pensionskassenversicherung						
- Pflichtversicherung	11.254	53,5	10.541	51,0	713	6,8
- Freiwillige Versicherung	47	0,2	58	0,3	-11	-19,0
Deregulierter Bestand						
- Pflichtversicherung	112	0,5	117	0,6	-5	-4,3
- Freiwillige Versicherung	114	0,5	124	0,6	-10	-8,1
GESAMT	**21.061**	**100,0**	**20.683**	**100,0**	**378**	**1,8**

LAGEBERICHT

Die verdienten Beiträge liegen mit 21,1 Mio. EUR (VJ 20,7 Mio. EUR) um 0,4 Mio. EUR bzw. 1,8 % über dem Vorjahr.

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stiegen mit 3,0 Mio. EUR leicht an. (VJ: 2,7 Mio. EUR).

Die Anzahl der versicherten Personen lag am Geschäftsjahresende bei 31.821 Personen, mit 26.108 Anwärtern (davon 13.201 beitragsfrei) und 5.713 Rentenempfängern. Die Zahl der Rentner wuchs um 351 Personen.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betrugen 14,9 Mio. EUR nach 16,3 Mio. EUR im Vorjahr. Die hierin enthaltenen Zahlungen für Alters- und Hinterbliebenenrenten stiegen um 1,1 Mio. EUR auf 14,1 Mio. EUR. Der Anstieg der Rentenempfänger setzt sich weiter fort. Für (Teil-) Rückkäufe wurden 1,9 Mio. EUR (VJ 1,4 Mio. EUR) und Kapitalzahlungen 0,3 Mio. EUR (VJ 0,4 Mio. EUR) aufgewendet. Die Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle verringerte sich um 1,5 Mio. EUR auf 0,9 Mio. EUR (VJ 2,4 Mio. EUR).

Die positiven Auswirkungen des Zinsanstiegs konnten in der (Wieder-)Anlage genutzt werden, was das langfristige Kapitalanlageergebnis positiv beeinflussen wird.

Das Kapitalanlageergebnis stieg um 54 % auf 24,2 Mio. EUR (VJ 15,7 Mio. EUR) aufgrund von Sondereffekten im Vorjahr die insbesondere aus einer erhöhten bilanziellen Risikovorsorge für Immobilieninvestments bestanden.

Die Nettoverzinsung stieg von 1,8 % im Vorjahr auf 2,7 %. Die laufende Durchschnittsverzinsung (Verbandsformel) beträgt 2,5 % (VJ 2,8 %).

Die Bewertungslasten lagen zum Bilanzstichtag bei 66,9 Mio. EUR, nachdem diese im Vorjahr 33,9 Mio. EUR betragen hatten.

Der Aufwand für den Versicherungsbetrieb liegt mit 0,9 Mio. EUR über dem Vorjahreswert von 0,7 Mio. EUR.

Die gesamten Kosten reduzieren sich auf 2,9 Mio. EUR (VJ 3,1 Mio. EUR). Die Verwaltungskostenquote (Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Prozent der verdienten Beiträge) beträgt 4,2 %.

Der Rohüberschuss steigt im Geschäftsjahr auf 9,4 Mio. EUR nach 4,1 Mio. EUR im Vorjahr.

Finanzlage

Die Deckungsrückstellung erhöht sich um 23,0 Mio. EUR (VJ 17,2 Mio. EUR) auf 821,6 Mio. EUR. Der durchschnittliche Rechnungszins liegt nach der Nachreservierung der Rechnungsgrundlage Zins im regulierten Bestand und Zuführung zur Zinszusatzreserve im deregulierten Bestand bei 1,61 %.

Der Aufwand zur Zinszusatzreserve im deregulierten Bestand beträgt unverändert 0,2 Mio. EUR. Der Aufwand für die Senkung des Rechnungszinses im regulierten Bestand um 10 Basispunkte auf 2,85 % beträgt rund 3,9 Mio. EUR und trägt als Vorsorge zur Sicherheit der langfristigen Erfüllbarkeit Versicherungsleistungen wieder bei.

LAGEBERICHT

Für die Beteiligung an den Überschüssen wurden im Geschäftsjahr 3,0 Mio. EUR (VJ 2,7 Mio. EUR) aufgewendet und die Versicherungsnehmer in Form der Direktgutschrift mit 31 TEUR an den Bewertungsreserven beteiligt. Detaillierte Angaben zur Überschussbeteiligung finden sich im Anhang ab Seite 39.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) beträgt 71,6 Mio. EUR (VJ 68,8 Mio. EUR). Die hierin enthaltende freie RfB steigt auf 67,1 Mio. EUR (VJ 64,8 Mio. EUR). Für die künftige Überschussbeteiligung wurden 4,5 Mio. EUR gebunden (VJ 4,1 Mio. EUR).

Der Verlustrücklage werden 3,7 Mio. EUR zugeführt, so dass diese auf 31,7 Mio. EUR anwächst.

Die Eigenkapitalquote verbessert sich auf 3,9 % der Deckungsrückstellung nach 3,5 % im Vorjahr.

Zusammenfassung

Die Geschäftsentwicklung der PK DRK gestaltete sich im abgeschlossenen Geschäftsjahr zufriedenstellend und im Rahmen der Prognosen. Der Vorstand ist zuversichtlich, die Chancen der Entwicklung an den Kapitalmärkten ergriffen zu haben und für künftige Herausforderungen gut gewappnet zu sein.

RISIKO- und CHANCENBERICHT

Allgemein

Zentrales Ziel der etablierten Risikomanagementprozesse ist die dauerhafte Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, um die Solvabilität der Pensionskasse auch in Krisensituationen nicht zu gefährden. Grundlage der Risikopolitik der PK DRK ist ein konservativer Umgang mit allen unternehmensindividuellen Risiken bei gleichzeitig stabilen Erträgen.

Versicherungstechnische Risiken

Biometrische Risiken: Das Langlebigkeitsrisiko wurde mit der Umwidmung in eine Pensionskasse und der Tarifreform zum 01.01.2012 deutlich reduziert. Die damit einhergehende konservative Ermittlung der erforderlichen Rückstellungen und die erhöhten impliziten Eigenmittel, erhöhen die Resilienz der Pensionskasse deutlich. Das laufende aktuarielle Controlling, u.a. durch ALM-Projektionen, unterstützt zudem, sich nachhaltig negativ ändernde Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen und Risikosteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Dem überwiegenden Teil des Versicherungsbestands liegen die von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) empfohlenen Sterbetafeln zugrunde. Für die Invalidität wird auf Heubeck-Tafeln zurückgegriffen. Das Todesfallrisiko beschränkt sich auf Sterbegeldzahlungen von max. 8 TEUR abzüglich vorhandener Deckungsrückstellung, Schlussüberschussanteil und Bewertungsreserven bei Tod innerhalb der Anwartschaftszeit und auf die Beitragsrückgewähr bei den freiwilligen Versicherungen nach den F-Tarifen.

Das Erwerbsminderungsrisiko in den Tarifen der PK DRK wird durch aktuarielle Untersuchungen regelmäßig analysiert. Die Gefahr einer höheren Schadensbelastung durch singuläre Ereignisse, wie zum Beispiel durch eine Pandemie, ist in diesem Bereich nicht auszuschließen, zeigt sich aber bisher nicht.

Da die Leistungsprüfung für Erwerbsminderung bei der Pensionskasse mit der Prüfung durch die Deutsche Rentenversicherung abgeschlossen ist, kann es ggf. bei Änderungen von politischen Vorgaben zu höheren Schäden kommen.

Zinsgarantierisiko: Der durchschnittliche Rechnungszins im Versicherungsbestand der PK DRK beträgt 1,6 %. Seit dem 01.01.2022 werden Verträge im Kapitaltarif mit einem Rechnungszins von 0,25 % kalkuliert. Durch den wachsenden Anteil des Neugeschäfts mit niedrigerem Garantiezins wird die passivseitige Zinsanforderung der PK DRK sukzessive reduziert, sodass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Zinsverpflichtungen weiterhin gewährleistet ist. Für Tarife, deren Zinsgarantie oberhalb des sog. Referenzzinses liegt, ist für deregulierte Versicherungsbestände eine Zinszusatzreserve zu stellen, welche die Zinsgarantie auch in verhältnismäßig niedrigen Zinsphasen sicherstellt. Im deregulierten Versicherungsbestand erfolgt eine kontinuierliche Senkung des Rechnungszinses mit entsprechender Nachreservierung in den betroffenen Versicherungsbeständen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Dieses Risiko besteht für die PK DRK nicht, da die Beiträge ausschließlich aus „laufenden Einmalbeiträgen“ bestehen, die ausfinanziert sind und damit bei Nichtzahlung von Beiträgen kein Anspruch auf zusätzliche Versicherungsleistungen entsteht.

Marktrisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen werden durch geeignete Vorgaben zur Kapitalanlage und die Umsetzung in einer passenden Anlagestrategie samt operativer Steuerung laufend überwacht. Das Vermögen ist mit möglichst großer Sicherheit und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung sowie Qualität anzulegen.

Die Kapitalanlage der PK DRK ist mit den verschiedenen sich aus den einzelnen Anlageklassen ergebenden Marktrisikoarten verbunden – zu nennen sind insbesondere Immobilienrisiko, Zinsänderungsrisiko, Aktienrisiko.

Bei den im Direktbestand befindlichen festverzinslichen Anlagen handelt es sich schwerpunktmäßig um Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, deren kurzfristige Bewertungsschwankungen aufgrund nicht dauerhafter Wertminderungen nicht bilanzwirksam sind. Bei steigenden Zinsen sind diese Anlagen zwar Kursverlustrisiken ausgesetzt, jedoch gleichen sich zwischenzeitlich vorhandene positive oder negative Bewertungsreserven spätestens bei Fälligkeit wieder aus, sofern die Anlagen nicht vorher veräußert werden oder ein Kreditereignis eintritt.

Die gewichtete modifizierte Duration der festverzinslichen Wertpapiere inkl. Durchschau in den Fonds beträgt 7,8 %. Im Falle eines Zinsschocks – hierzu wird eine plötzliche Zinsänderung um 100 Basispunkte unterstellt – würden die Zeitwerte der Kapitalanlagen einschließlich der Fondsinvestments ceteris paribus um 33,8 Mio. EUR sinken bzw. steigen.

Per 31. Dezember 2025 weist die PK DRK eine Aktienquote von 2,5 % zu Buchwerten auf. Im Falle eines modellhaften Aktienmarktverlustes von 25% würden die Zeitwerte von Aktienanlagen um 5,7 Mio. EUR sinken.

Der Anteil von Immobilieninvestments beträgt per Stichtag 7,5%. Falle eines modellhaften Verlustes von 20% auf Immobilienanlagen, würden die Zeitwerte um 13,6 Mio. EUR sinken.

Kreditrisiken

Kreditrisiken bestehen für die PK DRK in der Möglichkeit negativer Bonitätsveränderungen von Emittenten und anderen Schuldnern, wobei die mit festverzinslichen Kapitalanlagen verbundenen Kreditrisiken den größten Stellenwert einnehmen. Im Rahmen der Risikosteuerung kommen verschiedene Instrumente wie Vorgaben zu Ratingklassen und Begrenzungen im Hinblick auf Mischung und Streuung zum Einsatz, um einen hohen Grad an Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis auf Gesamtportfolioebene zu ermöglichen. Neuanlagen im Direktbestand sind dabei grundsätzlich auf Papiere im Investment Grade beschränkt. Im Rahmen von Fondsmandaten ist eine Beimischung von Wertpapieren mit Non-Investment-Grade-Rating unter restriktiven Auflagen zu einem sehr geringen Teil möglich. Hierzu werden, dem Charakter des jeweiligen Fondsmandates entsprechend, angemessene Obergrenzen für Papiere mit Non-Investmentgrade-Rating festgelegt und in den fondsindividuellen Anlagerichtlinien verbindlich festgeschrieben.

Die Ratingstruktur des Rentenbestands mit Durchschau bei den Wertpapier-Sondervermögen stellt sich per 31. Dezember 2025 wie folgt dar:

Ratingklasse	Rating	Buchwert Mio. EUR	**Anteil %**
	AAA	284,1	**35,7**
	AA+	86,6	**10,9**
	AA	34,3	**4,3**
	AA-	50,0	**6,3**
AAA bis AA-		455,0	**57,2**
	A+	118,3	**14,9**
	A	95,6	**12,0**
	A-	38,2	**4,8**
A+ bis A-		252,1	**31,7**
	BBB+	28,0	**3,5**
	BBB	48,9	**6,1**
	BBB-	7,1	**0,9**
BBB+ bis BBB-		84,0	**10,6**
Investmentgrade		791,1	**99,5**
	BB+	0,0	**0,0**
	BB	1,1	**0,1**
	BB-	0,0	**0,0**
BB+ bis BB-		1,1	**0,1**
	B+	0,0	**0,0**
	B	0,7	**0,1**
	B-	0,0	**0,0**
	CCC-	0,0	**0,0**
B+ bis CCC-C		0,7	**0,1**
Non-Investmentgrade		1,8	**0,2**
Non rated		2,5	**0,3**
Summe		795,3	**100,0**

Liquiditätsrisiken

Eine ausgewogene Laufzeitenstreuung im Rahmen des Durationsmanagements bei festverzinslichen Anlagen ermöglicht auch für die kommenden Jahre eine sichere Liquiditätsplanung und somit eine Minimierung von Liquiditätsrisiken. Der Anteil der kurzfristigen Festgelder und laufenden Guthaben betrug zum Bilanzstichtag 2,1 % des Vermögens.

Liquidierbarkeitsrisiken werden im Anlageprozess der PK DRK berücksichtigt, indem im Rahmen der Neuanlage ausreichend viele Investments mit hoher Fungibilität ausgewählt werden. Durch eine breite Diversifikation wird die jederzeitige Liquidität auch bei unerwarteter Marktenge in einzelnen Anlageklassen gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in Form von fehlerhaften Prozessen, organisatorischen Schwachstellen, menschlichen oder technischen Fehlern, externen Einflüssen oder rechtlichen Problemen grundsätzlich in allen Geschäftsbereichen materialisieren. Die Identifikation und

Bewertung operationaler Risiken erfolgt nach zentralen Vorgaben und mit Unterstützung des Risikomanagements durch die dezentralen Risikoverantwortlichen innerhalb der Organisationseinheiten. Dabei kommen unter anderem Experteninterviews und Szenariotechniken zum Einsatz, welche eine frühzeitige Erkennung der Einzelrisiken ermöglichen.

Der Umgang mit IT-Risiken ist in einem IT-(Sicherheits)-Konzept sowie in der Notfallplanung für den Fall von Ausfällen und Störungen geregelt. Die IT ist in wesentlichen Teilen ausgelagert oder erfolgt durch spezielle IT-Dienstleister. Zur Absicherung von IT- und Datensicherheit vor Cyberrisiken besteht eine Cyberversicherung, die durch Forensiker und andere Experten professionelle Unterstützung im Schadenfall bietet.

Die Interne Revision führt regelmäßige Prüfungen der in der Geschäftsorganisation etablierten Prozesse und Systeme durch und hilft, diesbezügliche Schwachstellen frühzeitig aufzudecken und damit verbundene operationale Risiken zu reduzieren.

Sonstige Risiken

Neben den bereits ausführlich dargestellten Risikoarten werden auch Konzentrationsrisiken, Reputationsrisiken sowie strategische Risiken in den Risikomanagementprozess der PK DRK einbezogen. Dabei werden wechselseitige Abhängigkeiten, die mit den anderen Risikoarten bestehen, berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund des BFH-Urteils vom 11.05.2023 besteht für die Kasse überdies ein Risiko den Status der Steuerbefreiung zu verlieren. Obwohl die Ausgangslage zur Beurteilung der Steuerpflicht der Kasse von der im Urteil zugrunde liegenden Ausgangslage abweicht, hat der Vorstand aus Gründen der äußersten Vorsicht eine Steuerberichtigung für die Jahre 2015 bis 2023 eingereicht. Die daraus ermittelte Steuerlast beträgt rund 4,9 Mio. Euro. Der Vorstand ist bereit rechtliche Maßnahmen zu prüfen, sofern es zu einem Verlust der Steuerbefreiung kommt. Der unwahrscheinliche Fall des Verlustes der Steuerbefreiung ist angesichts der Höhe der Verlustrücklage und der Solvabilität der Kasse tragbar.

Risiken im Zusammenhang mit dem Iran-Krieg wurden im Rahmen der etablierten Risikomanagementprozesse thematisiert und soweit möglich bewertet. Für die PK DRK besteht aktuell kein akuter Handlungsbedarf.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Durch das Risikomanagementsystem der PK DRK werden wesentliche oder bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt. Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote von 286 % (Vj. 276 %) per 31. Dezember 2025 verfügt die Pensionskasse über eine erwartungsgemäß stabile Eigenmittelausstattung. Die Risikotragfähigkeit des aufsichtsrechtlichen Kapitalanlagen-Stresstests (BaFin-Stresstest) ist per 31. Dezember 2025 mit einem positiven Ergebnis in allen vier Szenarien gegeben.

LAGEBERICHT

PROGNOSEBERICHT

Derzeit reagieren an den Kapitalmärkten insbesondere die Geld- und Rentenmärkte sensibel auf die veränderten Energiepreise. Sollte sich die Situation im Nahen Osten nicht zeitnah lösen, wird die EZB eher unter Druck geraten, auf die veränderten Inflationserwartungen zu reagieren als die Fed. Europa ist von steigenden Energiepreisen stärker betroffen als die USA. Die erhöhte Volatilität sowohl an den Zins-, als auch an den Aktienmärkten bedingt durch den Iran Krieg und die Politik der Trump Administration wird voraussichtlich auch in 2026 vorherrschen. Auch wenn Zinssenkungen das Marktumfeld unterstützen können, werden geopolitische Unsicherheiten weiterhin die größten Herausforderungen darstellen.

Die wirtschaftliche Erholung im Euroraum kann sich 2026 fortsetzen, ist aber abhängig von der geopolitischen Lage. Das globale Wachstum wird in 2026 vom IWF als stabil bei 3,1 % erwartet. Eine robuste Konsumnachfrage kann die Finanzmärkte stützen. Für den deutschen Markt gehen führende Wirtschaftsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose für das Frühjahr 2026 davon aus, dass der Energiepreisschock, der durch den Iran-Krieg ausgelöst wurde, die Inflationsrate im zweiten Quartal 2026 auf 2,9 % steigen lassen und den privaten Haushalten Kaufkraft entziehen wird. Obwohl von allmählich sinkenden Energiepreisen ausgegangen wird, werden sie aber längere Zeit spürbar höher liegen als vor Ausbruch des Krieges, daher werden die Unternehmen die gestiegenen Energiekosten weitergeben. Insgesamt dürfte der Energiepreisschock die Erholung in Deutschland dämpfen, sie aber nicht vollständig zum Erliegen bringen. Die Zentralbanken dürften bemüht sein, einem Entankern von Inflationserwartungen frühzeitig entgegenzutreten, indem sie ihre geldpolitischen Kurse kurzfristig anpassen. Es wird erwartet, dass die EZB ihre Leitzinsen in drei Schritten um insgesamt 0,75 Prozentpunkten erhöhen wird. Dies würde der PK DRK zwar eine Basis für potenziell positive Kapitalanlageergebnisse bieten, jedoch bei zunehmender Volatilität und Unsicherheit auch mit größeren Herausforderungen verbunden sein. Zudem könnte eine weiterhin steile Zinsstrukturkurve mit höheren Renditen bei längeren Laufzeiten die Ertragschancen in der Neuanlage attraktiv halten. Dennoch bleiben eine flexible Anlagestrategie, ausreichende Liquidität und eine vorausschauende Risikosteuerung entscheidend, um sich auf mögliche Marktveränderungen optimal einzustellen.

Vor dem Hintergrund des Iran-Krieges und anderer geopolitischer Risiken wird die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2026 von Unsicherheiten geprägt bleiben und bietet neben den Chancen aus höheren Zinsen auch zahlreiche Risiken. Die PK DRK wird die Kapitalanlagen daher im Schwerpunkt in sicheren festverzinslichen Anlagen investieren.

Die Einschätzungen zur ordentlich laufenden Entwicklung für die PK DRK für das laufende und das folgende Geschäftsjahr lauten wie folgt:

Beiträge: Die Beitragseinnahmen bleiben konstant auf dem Niveau der Vorjahre in Höhe von rund 21 Mio. Euro.

Leistungen: Durch die weiter steigende Zahl von Rentenempfängern erhöhen sich die Altersrenten analog der Entwicklung in den Vorjahren weiterhin auf 16,1 und 16,6 Mio. Euro.

Kapitalanlageergebnis und Nettoverzinsung: Durch das deutlich gestiegene Zinsniveau haben sich die verzinslichen Anlagemöglichkeiten in der (Wieder-)Anlage im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verbessert. Aufgrund des hohen Anteils an sicheren festverzinslichen europäischen Anlagen im Bestand erwarten wir keine wesentlichen Auswirkungen der sich abzeichnenden Volatilitäten aufgrund des ausgebrochenen Iran-Krieges.

Daher rechnen wir unverändert mit stetig ansteigenden laufenden Erträgen aus der Kapitalanlage in Höhe von 27,3 und 28,4 Mio. Euro in den kommenden beiden Geschäftsjahren. Auch die Nettoverzinsung steigt entsprechend an, was einen entsprechenden Spielraum für die Gesamtverzinsung ermöglicht.

Kosten und Organisation: Durch die sukzessive Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG sind die Gesamtkosten nach einer gewissen Übergangszeit durch eine hohe Planungssicherheit geprägt. Sie werden im kommenden Geschäftsjahr auf rund 2,0 Mio. Euro sinken und dann moderat mit den tariflichen Steigerungen der Versicherungsbranche anwachsen.

Steuer: Aufgrund eines konkretisierenden Urteiles des BFH zu Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge, die Rückdeckungsverträge im Bestand haben, hat der Vorstand untersuchen lassen, ob sich die seit 2013 bestehende Steuerbefreiung erhalten lässt. Die Abgabe der Steuererklärungen gemäß § 153 AO erfolgte aus Gründen der äußersten Vorsicht vor dem Hintergrund des BFH-Urteils zum 30.9.2025. Der Vorstand ist der Meinung, dass der Fall der Kasse aufgrund der Kongruenz der Rückdeckung und der Verpfändung der Ansprüche an die einzelnen Versorgungsempfänger anders beurteilt werden müsste. Gegen anderslautende Bescheide wären daher Rechtsmittel zu prüfen. Sollte sich die Steuerbefreiung der Kasse nicht halten lassen, entsteht eine einmalige Ergebnisbelastung von 4,9 Mio. Euro in dem entsprechenden Jahr, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Verlustrücklage und die Risikotragfähigkeit. Zudem wären die Ergebnisse dauerhaft in einem tragbaren Rahmen belastet.

Jahresergebnis: Das Jahresergebnis steigt stetig durch ein verbessertes Kapitalanlageergebnis, so dass eine weitere Verstärkung der Rechnungsgrundlagen und angemessene Zuführung zur Verlustrücklage erfolgen können und sich die Risikotragfähigkeit weiterhin erhöht.

Risikotragfähigkeit: Die kontinuierliche Erhöhung der Risikotragfähigkeit durch die Stärkung der Verlustrücklage bleibt weiter das wichtigste Ziel der PK DRK. Hier konnten in den letzten Jahren bereits deutliche Beiträge geleistet werden. Weitere Zuführungen sind geplant.

Es bestehen derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken, die im Geschäftsjahr 2026 den Fortbestand der PK DRK gefährden könnten.

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva

		31.12.2025		31.12.2024
		EUR	EUR	EUR
A.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**			
I.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		46.034,60	2.224,24
B.	**Kapitalanlagen**			
I.	Sonstige Kapitalanlagen			
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	160.328.765,98		200.859.754,04
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	350.133.237,28		342.485.511,44
3.	Sonstige Ausleihungen			
a)	Namensschuldverschreibungen	330.637.203,51		283.137.740,40
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen	47.549.431,75		43.000.000,00
4.	Einlagen bei Kreditinstituten	7.000.000,00	895.648.638,52	10.600.000,00
C.	**Forderungen**			
I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer	1.356.170,17		2.312.146,54
II.	Sonstige Forderungen	6.232.355,48	7.588.525,65	0,00
D.	**Sonstige Vermögensgegenstände**			
I.	Sachanlagen und Vorräte	8.237,86		27.217,69
II.	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	11.737.337,70		4.480.143,43
III.	Andere Vermögensgegenstände	6.838,40	11.752.413,96	6.838,40
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**			
I.	Abgegrenzte Zinsen und Mieten	12.085.921,48		11.565.974,80
II.	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	446.194,85	12.532.116,33	577.416,66
	SUMME DER AKTIVA		**927.567.729,06**	**899.054.967,64**

Ich bestätige gemäß § 128 Absatz 5 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Berlin, 14. April 2026 Der Treuhänder Christian Wolf

Bilanz zum 31. Dezember 2025

				Passiva
		31.12.2025		31.12.2024
		EUR	EUR	EUR
A.	**Eigenkapital**			
	I. Gewinnrücklagen			
	Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		31.700.000,00	28.050.000,00
B.	**Versicherungstechnische Rückstellungen**			
	I. Deckungsrückstellung	821.626.147,14		798.619.865,87
	II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	895.487,02		2.403.261,07
	III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	71.564.500,10	894.086.134,26	68.823.385,93
C.	**Andere Rückstellungen**			
	I. Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen	94.010,00		99.252,00
	II. Sonstige Rückstellungen	108.218,30	202.228,30	560.414,27
D.	**Andere Verbindlichkeiten**			
	I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	250.395,53		27.534,43
	II. Sonstige Verbindlichkeiten	1.251.114,98	1.501.510,51	345.956,62
	davon: aus Steuern: 8.026,41 EUR (VJ 123.547,98 EUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 5.691,96 EUR (VJ 5.916,46 EUR)			
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		77.855,99	125.297,45
	SUMME DER PASSIVA		**927.567.729,06**	**899.054.967,64**

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 01.12.2025 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist; für den Bestand, bei dem die Verträge nach nicht genehmigten Tarifen abgeschlossen worden sind, wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Bonn, 14. April 2026

Die Verantwortliche Aktuarin Vera Schopohl

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025

Posten		Geschäftsjahr		Vorjahr
		EUR	EUR	EUR
I.	**Versicherungstechnische Rechnung**			
1.	Verdiente Beiträge			
	Gebuchte Beiträge		21.061.070,81	20.683.298,29
2.	Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		2.954.908,01	2.648.215,12
3.	Erträge aus Kapitalanlagen			
a.	Erträge aus anderen Kapitalanlagen	23.561.020,49		26.459.612,27
b.	Erträge aus Zuschreibungen	0,64		255.515,62
c.	Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.667.823,35	26.228.844,48	2,49
4.	Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a.	Zahlungen für Versicherungsfälle	16.403.377,62		14.842.549,34
b.	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-1.507.774,05	14.895.603,57	1.412.595,12
5.	Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
	Deckungsrückstellung		23.006.281,27	17.208.966,22
6.	Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		5.697.604,56	2.748.096,78
7.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
	Verwaltungsaufwendungen		881.482,70	724.018,02
8.	Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a.	Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	1.343.725,80		1.976.841,38
b.	Abschreibungen auf Kapitalanlagen	595.847,84		9.019.864,12
c.	Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	77.392,73	2.016.966,37	0,00
9.	Versicherungstechnisches Ergebnis		3.746.884,83	2.113.712,81
II.	**Nichtversicherungstechnische Rechnung**			
1.	Sonstige Erträge		292.249,84	74.028,37
2.	Sonstige Aufwendungen		389.134,67	838.266,10
3.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		3.650.000,00	1.349.475,08
4.	Außerordentliche Erträge		0,00	524,92
5.	Außerordentliches Ergebnis		0,00	524,92
6.	Jahresüberschuss		3.650.000,00	1.350.000,00
7.	Einstellung in die Gewinnrücklagen			
	in die Verlustrücklage gem. § 193 VAG		3.650.000,00	1.350.000,00
8.	**Bilanzgewinn**		**0,00**	**0,00**

Anhang

Angaben gem. § 264 Absatz 1a HGB

Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz VVaG
Heilsbachstr. 16 in 53123 Bonn
Versicherungsnummer BaFin: 2083

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Gesetzliche Grundlagen

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie der Satzung der PK DRK erstellt. Soweit alle erforderlichen Angaben aus der Bilanz beziehungsweise der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich sind, werden die entsprechenden Positionen nicht mehr gesondert im Anhang erläutert.

Bilanzposten Aktiva

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden grundsätzlich beibehalten. Soweit Abweichungen von den Methoden des Vorjahres vorgenommen wurden, sind diese in den nachfolgenden Erläuterungen jeweils angegeben.

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode über die nach den AfA Tabellen des Bundesfinanzministeriums jeweils empfohlene Nutzungsdauer. Die Nutzungsdauer für Software (Lizenzen) beträgt 5 Jahre und für sonstige immaterielle Vermögenswerte 3 Jahre.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere dienen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb und werden daher gemäß § 341b Absatz 2 2. Halbsatz HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Sie werden mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten oder einem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Ausgenommen sind Wertpapiere oder Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, für die eine zum Bilanzstichtag bekannte Veräußerungsabsicht besteht. Diese sind entsprechend dem Umlaufvermögen zugeordnet und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben. Für Investmentanteile richtet sich die Beurteilung der voraussichtlichen Dauerhaftigkeit einer Wertminderung weiterhin nach den im Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen (Durchschau). Zur Beurteilung des Vorliegens einer dauerhaften Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bilanziert werden, werden Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen der Ratings hinzugezogen.

Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen sind dem Anlagevermögen gewidmet, da diese bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen. Die Bilanzierung der Namensschuldverschreibungen erfolgt gemäß § 341c Absatz 1 HGB zum Nennwert. Agio- und Disagio werden linear auf die Laufzeit verteilt. Die Bilanzierung der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation. Dies ist die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode gemäß § 341 c Absatz 3 HGB. Die Bewertung aller drei Positionen erfolgt auf Grund der Zuordnung zum Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Entsprechend den Regelungen des IDW Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 22 werden strukturierte Produkte grundsätzlich als ein einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Eine Zerlegung der Finanzinstrumente mit Abnahmeverpflichtung erfolgt nicht, wenn das Finanzinstrument dem Anlagevermögen zugeordnet wird, da eine dauerhafte Halteabsicht und -fähigkeit besteht und eine unbedingte Kapitalgarantie der Emittentin vorliegt.

Einlagen bei Kreditinstituten werden als Umlaufvermögen mit den Nennbeträgen angesetzt.

Forderungen sowie laufende Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nennbeträgen bewertet.

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen nach der linearen Methode über die nach den AfA-Tabellen des Bundesfinanzministeriums jeweils empfohlene Restnutzungsdauer. Somit beträgt die Nutzungsdauer für Büroausstattung (z.B. Möbel, Schreibtische und Stühle) 13 Jahre, IT-Ausstattung (wie Notebooks und Monitore) 3 Jahre und Server 7 Jahre. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben. Andere Vermögensgegenstände werden zu ihrem Nominal bewertet.

Die unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen und sonstige Abgrenzungen werden zum Nennwert bilanziert.

Bilanzposten Passiva

Die Deckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen für jede Versicherung einzelvertraglich nach prospektiver Methode berechnet.

Es werden folgende Rechnungsgrundlagen verwandt, wobei jeweils zum großen Teil die Tafeln für Frauen zugrunde gelegt werden:

Invalidisierungshäufigkeiten regulierter Bestand:

- Rententarife: Richttafeln 1983 von Klaus Heubeck (Verlag Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln), die nach eigenen Erfahrungen im Altersbereich ab 53 Jahre verstärkend modifiziert sind.
- Kapitaltarif: DAV 2001 EM Frauen modifiziert mit Zuschlägen ab 56 Jahre.

Sterblichkeitsraten regulierter Bestand:

- Einmalbeitragszahlungen in Rententarife ab Januar 2005: DAV-Sterbetafel 2004 R mit Altersverschiebung.
- Übrige Rententarife: DAV-Sterbetafel 2004 R-B20 (Aggregattafel).
- Einmalbeitragszahlungen in den Kapitaltarif: Sterbetafel DAV 2008 T Männer.
- Einmalbeitragszahlungen in den Kapitaltarif bei gleichzeitiger Erwerbsminderung: Frauen nach Verbandstafel 1990 (7. Bezugsjahr) mit Anpassungen ab dem Alter 65.

Zur Berücksichtigung der Invalidensterblichkeit in den Rententarifen werden grundsätzlich die Wahrscheinlichkeitswerte der Verbandstafel 1990 für Personen angesetzt, die bereits zwei Jahre berufsunfähig waren; für Einmalbeitragszahlungen ab Januar 2007 werden die Werte für Frauen im siebten Jahr der Berufsunfähigkeit herangezogen. Auf Doppelabstufungen und den Ansatz von Reaktivierungswahrscheinlichkeiten wird verzichtet.

Für den deregulierten Bestand werden Invalidisierungswahrscheinlichkeiten sowie Sterblichkeitsraten für Aktive und Rentner wie bei den Rententarifen des regulierten Bestandes angesetzt. Die Invalidensterblichkeit wird in der freiwilligen Aufbauversicherung durch Ansatz der Sterblichkeit für berufsunfähige Frauen im siebten Jahr der Berufsunfähigkeit nach der Verbandstafel 1990, ansonsten in gleicher Weise wie im regulierten Bestand berücksichtigt.

Die Kosten werden für alle Tarife implizit angesetzt.

Die Verwaltungskostenrückstellung enthält die Barwerte von Kostenzuschlägen, die für die Verwaltung von Anwartschaften und für die Zahlung der Renten voraussichtlich benötigt werden. Im übernommenen Bestand der Versicherten der ehemaligen PK GEW werden für die Sterbewahrscheinlichkeiten, Verheiratungswahrscheinlichkeiten sowie die durchschnittliche Altersdifferenz von Ehegatten modifizierte Ausscheideordnungen der „Richttafeln 1998“ von Klaus Heubeck (Verlag Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln) verwendet.

Für die Berechnung der Deckungsrückstellung werden folgende Rechnungszinsen angesetzt:

Rechnungszinsen

Regulierter Bestand		
Grundversicherung	2,85%	
Aufbauversicherung	2,85%	für Beiträge bis 2002
	2,75%	für Beiträge von 2003 bis 2006
	2,75%	für Beiträge von 2007 bis 2011
Höherversicherung	2,85%	
Mitarbeiterversicherung	2,85%	
Kapitaltarif	0,50%	für Beiträge von 2012 bis 2021
	0,25%	für Beiträge ab 2022
Tarif R	1,75%	für Beiträge bis 2014
	1,25%	für Beiträge von 2015 bis 2016
	0,50%	für Beiträge von 2017 bis 2021
	0,25%	für Beiträge ab 2022
Tarif G	0,25%	
Deregulierter Bestand		
	4,00%	für Beiträge bis 1999
	3,25%	für Beiträge von 2000 bis 2002
	2,75%	für Beiträge von 2003 bis 2006
	2,25%	für Beiträge von 2007 bis 2011
	1,75%	für Beiträge von 2012 bis 2014
	1,25%	für Beiträge von 2015 bis 2016
	0,90%	für Beiträge von 2017 bis 2021
	0,25%	für Beiträge ab 2022

Der Zillmersatz ist in allen Fällen gleich Null.

Für Tarifgenerationen des regulierten Bestandes, für die die Deckungsrückstellung mit einem Rechnungszins von 2,95 % kalkuliert wurde, ist dieser um 10 Basispunkte auf 2,85 % gesenkt worden. Hierdurch ergab sich eine Zuführung zur Deckungsrückstellung von 3,9 Mio. EUR (VJ: 2,0 Mio. EUR). Der Rechnungszins im deregulierten Bestand übersteigt den Referenzzins der Deckungsrückstellungsverordnung von 1,57 % am Bilanzstichtag um 2,43 %-Punkte für bis 1999 erhaltende Beiträge, um 1,68 %-Punkte für von 2000 bis 2002 erhaltene Beiträge, um 1,18 %-Punkte für von 2003 bis 2006 erhaltene Beiträge, um 0,68 %-Punkte für von 2007 bis 2011 erhaltene Beiträge und um 0,18 %-Punkte für von 2012 bis 2014 erhaltene Beiträge. Aus diesem Grund wurde innerhalb der Deckungsrückstellung eine Zinszusatzreserve von 21,0 Mio. EUR gebildet (VJ 20,8 Mio. EUR). Für die Berechnung wird der Referenzzins über einen Zeitraum von 15 Jahren und für die restliche Vertragslaufzeit der maßgebliche Rechnungszins der betroffenen Tarifgeneration angewendet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthält die einzeln berechneten Zahlungsverpflichtungen aus nicht abgeforderten Renten bis maximal fünf Jahre seit Beginn des Anspruchs. Für einzelne Versicherte wurde der Betrag schon mit Vollendung des 62. Lebensjahres zurückgestellt. Hier verbleibt der Betrag grundsätzlich fünf Jahre ab Vollendung des 67. Lebensjahres. Sofern keine Inanspruchnahme des Ruhegeldes bis zum darauffolgenden Jahresende erfolgt, wird der zurückgestellte Betrag aufgelöst. Zusätzlich sind für bis zur Bestandsfeststellung bekannt gewordene Versicherungsfälle die rückständigen Versicherungsleistungen sowie die noch nicht ausgezahlten Rückvergütungen (Sterbegeld und Versorgungsausgleich) eingestellt.

Auf Grund eines schwebenden Insolvenzverfahren enthält die Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle Leistungen der Schwesternschaft Coburg (2017) in Höhe von 263 TEUR, die der Schwesternschaft nicht schuldbefreiend ausgezahlt werden konnten. Die Leistungen bleiben bis zum Abschluss des Verfahrens in der Rückstellung.

Bei der Rückstellung für Beitragsrückerstattung handelt es sich um Überschüsse, die vertraglich für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmt, allerdings den einzelnen Versicherungsverhältnissen noch nicht zugeteilt worden sind. Die innerhalb dieser Rückstellung gebundenen Mittel für Schlussüberschussanteile werden entsprechend den Bestimmungen des § 28 Absatz 7 RechVersV ermittelt. Für Versicherungen der E-Tarife (Pflichtversicherung) im deregulierten Bestand sind die Schlussüberschussanteile in Höhe des Vorjahresanteiles einzelvertraglich gebunden zuzüglich der mit dem für das Folgejahr deklarierten Prozentsatz multiplizierten Deckungsrückstellung zum 31.12.2025. Für Versicherungen der K-Tarife (Kapitaltarif) im regulierten Bestand sind die Schlussüberschussanteile einzelvertraglich gebunden in Höhe des Vorjahresanteiles zuzüglich der mit dem für das Folgejahr deklarierten Prozentsatz multiplizierten Summe aus Deckungsrückstellung und Schlussüberschussanteil zum 31.12.2024.

Die Aufteilung des ermittelten Gesamtbetrages für im Folgejahr voraussichtlich fällige Schlussüberschussanteile und den für künftige Schlussüberschussanteile zu finanzierenden Schlussüberschussanteilsfonds wurde mit aus dem Bestand ermittelten Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung durchgeführt.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Den Berechnungen liegen die biometrischen Häufigkeitswerte der Richttafeln RT 2018 G der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, in der Fassung vom Oktober 2018 zugrunde. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzins der vergangenen 10 Jahre zum Ende des Geschäftsjahres bei Inanspruchnahme der Vereinfachungsregelung des § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB (Restlaufzeit von 15 Jahren) von 2,06 % verwendet. Der entsprechende Durchschnitt der vergangenen sieben Geschäftsjahre beträgt 2,22 %. Zur Berücksichtigung von Trendannahmen über die künftige Entwicklung der Rentenleistung ist der Rententrend wie im Vorjahr mit 2,25 % berücksichtigt worden. Zum Geschäftsjahresende beträgt der Verpflichtungsumfang für Pensionen 94,0 TEUR (VJ 99,3 TEUR).

Der mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre ermittelte Verpflichtungswert zum 31.12.2025 beträgt 93,6 TEUR. Hieraus ergibt sich nach § 253 Absatz 6 Satz 1 HGB ein negativer Unterschiedsbetrag von 0,4 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbetrag bilanziert. Rückstellungen mit einer

Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß den Vorschriften des § 253 Absatz 2 HGB abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passive Rechnungsabgrenzung enthält das Disagio der Namenschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen. Diese werden zum Nennwert bilanziert.

ANGABEN ZUR BILANZ

Aktiva

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A UND B IM GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2025 BIS 31.12.2025

		Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
A.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**						
	I. Entgeltlich erworbene Konzession, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2	48	3	-	2	45
B.	I. Sonstige Kapitalanlagen						
	1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	200.860	-	39.936	-	595	160.329
	2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	342.486	47.709	40.061	-	-	350.133
	3. Sonstige Ausleihungen						
	a) Namensschuldverschreibungen	283.138	48.499	1.000	-	-	330.637
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	43.000	4.549	-	-	-	47.549
	4. Einlagen bei Kreditinstituten	10.600	7.000	10.600	-	-	7.000
Summe B.		**880.083**	**107.758**	**91.597**	**-**	**595**	**895.649**
Gesamt		**880.085**	**107.806**	**91.600**	**-**	**598**	**895.694**

Gemäß § 54 RechVersV (Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen) ergeben sich für die zum Anschaffungswert und zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen die folgenden Zeitwerte:

ZEITWERTE DER KAPITALANLAGEN ZUM 31.12.2025

		Buchwert	Zeitwert	Bewertungs-reserven	Bewertungs-lasten	Netto-Bewertungs-reserven	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	% Buchwert
B.	**Kapitalanlagen**						
	I. Sonstige Kapitalanlagen						
	1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	160.329	169.132	8.803	0	8.803	-13
	2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	350.133	327.370	6.479	29.242	-22.763	34
	3. Sonstige Ausleihungen						
	a) Namensschuldverschreibungen	330.637	282.067	1.393	49.963	-48.571	73
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	47.549	43.168	637	5.018	-4.382	7
	4. Einlagen bei Kreditinstituten	7.000	7.000	0	0	0	0
GESAMT		**895.649**	**828.737**	**17.312**	**84.224**	**-66.912**	**100**

Die Ermittlung der Zeitwerte der Sonstigen Kapitalanlagen erfolgt bei Investmentanteilen (B.I.1.) zum Rücknahmepreis, bei Inhaberschuldverschreibungen (B.I.2.) und anderen festverzinslichen Wertpapieren (B.I.3.) zum Börsenkurs des Abschlussstichtages. Festverzinsliche Wertpapiere, für die keine Börsenkurse vorliegen, werden nach anerkannten finanzmathematischen Methoden bewertet. Basis der Bewertung sind die Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag sowie Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität des Emittenten.

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen liegen zum Geschäftsjahresende mit 828,7 Mio. EUR unter dem Buchwert von 895,6 Mio. EUR. Dies sind Brutto-Bewertungslasten von 84,2 Mio. EUR, denen Reserven von 17,3 Mio. EUR gegenüberstehen. Diese Netto-Bewertungslasten von 66,9 Mio. EUR verteilen sich im Wesentlichen auf festverzinsliche Wertpapiere, im Vorjahr hatten die saldierten Bewertungslasten 33,9 Mio. EUR betragen. Diese hohen Lasten sind weiterhin zum größten Teil auf gestiegene Zinsen zurückzuführen und nicht auf eine Bonitätsverschlechterung.

In der Direktanlage wurden alle verzinslichen Titel auf das Erfordernis einer Abschreibung geprüft. Im Ergebnis lagen in keinem Fall Hinweise auf eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit und damit Abschreibungsnotwendigkeiten vor. Die Bewertungen werden sich mit abnehmender Restlaufzeit dem Buchwert annähern.

Im Ergebnis wurden die Wertminderungen der festverzinslichen Wertpapiere nicht als dauerhaft beurteilt, daher waren im Geschäftsjahr keine Abschreibungen erforderlich.

Der Buchwert der im Dachfonds gebündelten Wertpapier-Investmentanteile liegt zum 31.12.2025 bei 92,9 Mio. EUR bei einem Marktwert von 101,0 Mio. EUR. Die Reserven auf dem Dachfonds betragen 8,1 Mio. Euro. Die Anteile sind taggleich veräußerbar.

Die fünf Immobilienfonds mit unterschiedlichen Anlageschwerpunkten wiesen zum Geschäftsjahresende einen Buchwert von 67,4 Mio. EUR aus. Nach außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 0,6 Mio. EUR betragen die positiven Bewertungsreserven 0,7 Mio. EUR. Die Ausschüttungen lagen in Folge der negativen Entwicklung der Branche bei 2,0 Mio. EUR (VJ 1,8 Mio. EUR). In allen Immobilienfonds bestehen grundsätzlich Einschränkungen hinsichtlich einer täglichen Rückgabe von Anteilen.

Auf Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 220,7 Mio. EUR bzw. einem Zeitwert von 191,4 Mio. EUR wurden Abschreibungen auf den Zeitwert in Höhe von 29,2 Mio. EUR nicht vorgenommen, da diese voraussichtlich nicht von Dauer sind und ausschließlich aus der Zins- und Spreadentwicklung ohne erhöhte Ausfallrisiken resultierten. Diese sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet.

Auf Sonstige Ausleihungen mit einem Buchwert von 272,9 Mio. EUR bzw. einem Zeitwert von 222,9 Mio. EUR wurden Abschreibungen auf den Zeitwert in Höhe von 50,0 Mio. EUR nicht vorgenommen, da diese voraussichtlich nicht von Dauer sind und ausschließlich aus der Zins- und Spreadentwicklung ohne erhöhte Ausfallrisiken resultierten.

Die Einlagen bei Kreditinstituten betragen zum Geschäftsjahresende 7,0 Mio. EUR. Es handelt sich dabei um eine Termingeldanlage.

Gemäß § 153 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) sind die Versicherungsnehmer bei der Beendigung der Versicherungsverträge bei der Überschussbeteiligung an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen verursachungsorientiert zu beteiligen. Bewertungsreserven werden dann berücksichtigt, wenn sie den sogenannten Sicherungsbedarf aus Verträgen mit Zinsgarantie übersteigen. Diese werden auf Grundlage der in der Übersicht nach § 54 RechVersV dargestellten Kapitalanlagen als Saldo aus Zeit- und Buchwerten ermittelt. Den anspruchsberechtigten Versicherungsverträgen wurden im Geschäftsjahr 2025 Bewertungsreserven von 31 TEUR zugeteilt (VJ 8 TEUR).

C.I. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die für den Januar 2026 im Voraus gezahlten Renten von 1,1 Mio. EUR sowie 0,3 Mio. EUR offener Beitragsforderungen, die zum größten Teil bereits im Januar 2026 ausgeglichen wurden.

C.III. Sonstige Forderungen

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um die Steuerforderung an das Finanzamt 6,2 Mio. EUR (VJ 0 EUR).

E. Rechnungsabgrenzungsposten

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2025	31.12.2024
	TEUR	TEUR
Abgegrenzte Zinsen	12.086	11.566
Agio Namensschuldverschreibungen	443	518
Sonstige Rechnungsabgrenzung	3	59
GESAMT	**12.532**	**12.143**

Passiva

A.I. Gewinnrücklagen

GEWINNRÜCKLAGEN	2025	2024	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Zuführung	3.650	1.350	2.300
VERLUSTRÜCKLAGE GEM. § 193 VAG	**3.650**	**1.350**	**2.300**

B.I. Deckungsrückstellung

DECKUNGSRÜCKSTELLUNG NACH VERSICHERUNGSARTEN	31.12.2025		31.12.2024		VERÄNDERUNG	
	TEUR	Anteil %	TEUR	Anteil %	TEUR	%
Rückdeckungsversicherung	727.556	88,6	714.873	89,5	12.683	1,8
Pensionskassenversicherung						
- Pflichtversicherung	79.378	9,7	69.310	8,7	10.068	14,5
- Freiwillige Versicherung	745	0,1	707	0,1	38	5,4
Direktversicherung und Aufbauversicherung						
- Pflichtversicherung	3.857	0,5	3.722	0,5	135	3,6
- Freiwillige Versicherung	10.090	1,2	10.008	1,3	82	0,8
GESAMT	**821.626**	**100,0**	**798.620**	**100,0**	**23.006**	**2,9**

DECKUNGSRÜCKSTELLUNG NACH BESTANDSARTEN

	31.12.2025		31.12.2024		VERÄNDERUNG	
	TEUR	Anteil %	TEUR	Anteil %	TEUR	%
Regulierter Bestand						
- Tarife bis 2012	277.892	33,8	275.440	34,5	2.452	0,9
- Kapitaltarif	297.772	36,2	290.398	36,4	7.374	2,5
- Tarif R	103.508	12,6	92.356	11,6	11.152	12,1
- Tarif G	6.311	0,8	6.562	0,8	-251	-3,8
Deregulierter Bestand						
- Tarif E	101.963	12,4	100.129	12,5	1.834	1,8
- Tarif F	13.177	1,6	12.944	1,6	233	1,8
- Zinszusatzreserve	21.003	2,6	20.791	2,6	212	1,0
GESAMT	**821.626**	**100,0**	**798.620**	**100,0**	**23.006**	**2,9**

B.II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle von 895 TEUR enthält u.a. zurückgestellte Leistungen aus dem Insolvenzverfahren für die Schwesternschaft Coburg in Höhe von 263 TEUR. Die Veränderung der Rückstellung lag im Geschäftsjahr bei 112 TEUR.

B.III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

ENTWICKLUNG DER RÜCKSTELLUNG FÜR BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

	2025	2024
	TEUR	TEUR
Stand am 01.01.	**68.823**	**68.737**
Entnahme im Geschäftsjahr	2.956	2.662
- davon: Entnahme zur Auffüllung der Deckungsrückstellung im Todesfall	2	14
Zuweisung im Geschäftsjahr	5.698	2.748
Stand am 31.12.	**71.565**	**68.823**

ZUSAMMENSETZUNG DER RÜCKSTELLUNG FÜR BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

	31.12.2025	31.12.2024	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Von der Rückstellung der Beitragsrückertattung entfallen auf			
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	485	418	67
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	3.977	3.640	337
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	0	0	0
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c)	0	0	0
e) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	0	0	0
f) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach b) und e)	40.470	41.451	-981
g) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c)	0	0	0
h) den ungebundenen Teil (Rücksstellung für Beitragsrückerstattung ohne Beträge nach a) bis g)	26.633	23.314	3.319
GESAMT	**71.565**	**68.823**	**2.742**

C.II. Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen ist im Wesentlichen die Rückstellung für die Jahresabschlussprüfung enthalten.

D.II. Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.237 TEUR (VJ 216 TEUR) sowie aus Lohn- und Kirchensteuer von 8 TEUR (VJ 123 TEUR) mit einem Gesamtbetrag von 1.251 TEUR (VJ 346 TEUR) ausgewiesen. Weiterhin enthalten sind Verbindlichkeiten von 5 TEUR (VJ 6 TEUR) mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wird das Disagio eines Namenspfandbriefes von 78 TEUR ausgewiesen.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. Versicherungstechnische Rechnung

I.1. Gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge setzen sich aus Einmalbeiträgen für kollektive Pensionsversicherungen zusammen.

I.2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung von 3,0 Mio. EUR (VJ 2,6 Mio. EUR) sind in der Tabelle „Leistungsverbesserungen aus der Überschussbeteiligung“ auf Seite 39 erläutert. Ausgenommen sind Todesfallleistungen über 2 TEUR (VJ 14 TEUR).

I.4.a) Zahlungen für Versicherungsfälle

ZAHLUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE

	2025	2024	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Ruhegelder	14.154	13.075	1.079
Austrittsvergütungen einschließlich der Übertragung von Deckungskapital im Versorgungsausgleich und Sterbegelder	1.986	1.460	526
Aufwand für die Regulierung	264	308	-44
GESAMT	**16.403**	**14.843**	**1.560**

I.6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgt nach den Bestimmungen des § 24 der Satzung der PK DRK.

I.8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

In den Aufwendungen für Kapitalanlagen von 2,0 Mio. EUR sind neben den Aufwendungen aus der Verwaltung der Kapitalanlagen auch der Aufwand aus Abgangsverlusten (0,1 Mio. EUR) enthalten. Eine bilanzielle Risikovorsorge von 0,6 Mio. EUR in drei Immobilienfonds wird als Abschreibung ausgewiesen.

II.2 Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen ist der Aufwand aus der Verzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 1 TEUR (VJ 1 TEUR) enthalten.

SONSTIGE ANGABEN

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftungsverhältnisse nach § 285 Nr. 1 HGB

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

	Gesamt TEUR	bis 1 Jahr TEUR	über 1 bis 5 Jahre TEUR	Über 5 Jahre TEUR
Abnahmeverpflichtungen aus Anleihen	34.000	0	34.000	0
Verpflichtungen aus Zeichnungen von Immobilienfondsanteilen	0	0	0	0
GESAMT	**34.000**	**0**	**34.000**	**0**

Bei den Abnahmeverpflichtungen handelt es sich um Bezugsrechte aus zwei Multitranchenanleihen.

Darüber hinaus hat der PSV angekündigt, die Rückkaufswerte für die Anwärter einzuziehen, für die er sich im Insolvenzfall der Schwesternschaft Coburg für eintrittspflichtig erklärt hat. Es handelt sich um insgesamt 2,0 Mio. EUR (VJ 2,3 Mio. EUR).

Mitarbeiter (§ 285 Nr. 7 HGB)

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 3 (VJ 5,3) Arbeitskräfte, davon 0,75 (VJ 2,2) in Vollzeit und 2,75 (VJ 3,1) in Teilzeit beschäftigt.

Angabe nach § 51 Absatz 5 RechVersV

PERSONALAUFWENDUNGEN

	2025	**2024**	**Veränderung**
	TEUR	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	370	983	-613
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	54	115	-61
Aufwendungen für die Altersversorgung	28	59	-31
GESAMT	**452**	**1.157**	**-705**

Provisionen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und andere Bezüge für Versicherungsvertreter fallen nicht an.

Organbezüge (§ 285 Nr. 9 a, b und c)

Auf der Grundlage der Schutzklausel des § 286 Absatz 4 HGB werden die Angaben zu den Bezügen der Organe nach § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b HGB unterlassen. Vorschüsse und Kredite an den Aufsichtsrat bzw. an den Vorstand wurden nicht gewährt.

Aufsichtsrat (§ 285 Nr. 10 HGB)

Philip Jungen (Vorsitzender)
Mitglied im Vorstand der DRK-Schwesternschaft Wuppertal

Edith Dürr (1. stellvertretende Vorsitzende)
Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaft vom DRK, Berlin

Susanne Jungblut
Aktuarin; freiberufliche bAV-Expertin, München

Maria Lüdeke
Vorsitzende der Kieler DRK-Schwesternschaften, Kiel

Bettina Schmidt
Vorsitzende der DRK-Schwesternschaft Wuppertal bis 16.07.2025

Heiner Weber
Diplom-Kaufmann; Partner, INDEFI Beratung, Düsseldorf

Mitglieder des Vorstands

Charlotte Klinnert
Diplom-Kauffrau, Berlin

- Kapitalanlagen
- Finanz- und Rechnungswesen und Controlling
- Steuern
- Personal
- IT und Datenschutz
- Betriebsorganisation

Dr. Eugen Scheinker bis 07.01.2026
Diplom-Mathematiker, Mannheim

- Risikomanagement
- Bestandsverwaltung
- Mathematik
- Recht

Vera Schopohl
Diplom-Mathematikerin, Bonn

- Ausgliederungscontrolling
- Governance
- Betreuung Träger
- Gremienarbeit
- Revision

Gesamthonorar des Abschlussprüfers (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt netto 68 TEUR (VJ 53 TEUR). Davon entfallen 61 TEUR auf die Abschlussprüfung (VJ 45 TEUR) und 7 TEUR auf Steuerberatungsleistungen (VJ 8 TEUR).

Nahestehende Personen oder Unternehmen (§ 285 Nr. 21 HGB)

Es bestehen keine Geschäfte mit nahestehenden Personen oder Unternehmen im Sinne des § 285 Nr. 21 bzw. § 314 Absatz 1 Nr. 13 HGB, die nicht zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag (§ 285 Nr. 33 HGB)

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung gem. § 285 Nr. 33 HGB nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung oder in der Bilanz berücksichtigt werden mussten. Die Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten auf die Kapitalmärkte können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich eingeschätzt werden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich daraus erhöhte Marktvolatilitäten oder Wertberichtigungsbedarf im Geschäftsjahr 2026 ergeben.

Bonn, 14. April 2026

Der Vorstand

Charlotte Klinnert Vera Schopohl

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz VVaG, Bonn

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz VVaG, Bonn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder

- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 12. Mai 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack
Wirtschaftsprüfer

Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben im Geschäftsjahr 2025 laufend überwacht. Es fanden im Geschäftsjahr vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats, in denen der Vorstand über die laufende Entwicklung und Geschäftslage der PK DRK informierte, statt. In einer eigenen Klausur fand darüber hinaus die jährliche Weiterbildung des Aufsichtsrates statt. Der Aufsichtsrat hat sich intensiv mit der Migration des Geschäftsbetriebes auf die Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG (Verka VK), der Entwicklung der Risiko- und Solvenzsituation der PK DRK, auch vor dem Hintergrund eines möglichen Wegfalls der Steuerbefreiung und der Entwicklung der Kapitalanlagen befasst. Daneben fand eine Sitzung des Prüfungsausschusses in Zusammenhang mit der Abschlussprüfung bzw. des Jahresabschlusses statt.

Über die Sitzungen hinaus wurde der Aufsichtsrat im Berichtsjahr laufend in Form von Quartalsberichten zur Kapitalanlage, zur Risikoberichterstattung und sowie zur BaFin-Prognoserechnung unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich überdies intensiv mit der Besetzung des Vorstandes beschäftigt, da Herr Dr. Scheinker sein Amt zum 7. Januar 2026 niederlegte.

Die PricewaterhouseCoopers Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH, Frankfurt wurde von der Mitgliedervertreterversammlung erneut zum Abschlussprüfer für die nach den handelsrechtlichen Bestimmungen erforderliche Abschlussprüfung gewählt. Die verantwortlichen Abschlussprüfer haben den Jahresabschluss und Lagebericht am 11. Mai 2026 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. In den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats am 27. und 28. Mai 2026 wurden der Jahresabschluss und seine Ergebnisse erörtert. Der Aufsichtsrat bestätigte nach eigenen Prüfungen die vom Vorstand und Abschlussprüfer vorgelegten Unterlagen, erhebt keine Einwendungen und schließt sich den Ergebnissen der Abschlussprüfung an.

In der Bilanzsitzung am 28. Mai 2026 informierte die verantwortliche Aktuarin über die Ergebnisse ihrer versicherungsmathematischen Untersuchungen, die der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis nahm.

Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2025 und legt ihn zur Feststellung der Mitgliederversammlung am 16. Juli 2026 vor.

Bonn, 28. Mai 2026

Philip Jungen Vorsitzender	Edith Dürr 1. stellvertretende Vorsitzende	Susanne Jungblut 2. stellvertretende Vorsitzende
Maria Lüdeke	Heiner Weber	

ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG

Die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG DER VERSICHERUNGSNEHMER

HÖHE DES LAUFENDEN ÜBERSCHUSSANTEILES ZUM 1. JANUAR 2026

Tarif	Anwärter	Rentner	maßgebende Größe
Grund-Vers	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
C(alt)		0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
C2003		0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
C2005		0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
C2007		0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
R2012		0,00%	Rentenhöhe
R2015		0,00%	Rentenhöhe
R2017		0,50%	Rentenhöhe
R2022		0,75%	Rentenhöhe
E1995	0,00%	0,00%	Deckungsrückstellung
E2000	0,00%	0,00%	Deckungsrückstellung
E2003	0,00%	0,00%	Deckungsrückstellung
E2005	0,00%	0,00%	Deckungsrückstellung
E2007	0,00%	0,00%	Deckungsrückstellung
F2000	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
F2003	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
F2005	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
F2007	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
F2012	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
F2015	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
F2017	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
F2022	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe
G2022	0,00%	0,00%	Anwartschaft bzw. Rentenhöhe

ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG

ERHÖHUNG DES SCHLUSSANTEILS ZUM 1. JANUAR 2026

Tarif	Anwärter	maßgebende Größe
K2012	0,50%	Deckungsrückstellung, Schlussüberschussanteilefonds
K2022	0,75%	Deckungsrückstellung, Schlussüberschussanteilefonds
E1995	0,00%	Deckungsrückstellung
E2000	0,00%	Deckungsrückstellung
E2003	0,00%	Deckungsrückstellung
E2005	0,00%	Deckungsrückstellung
E2007	0,00%	Deckungsrückstellung

LEISTUNGSVERBESSERUNGEN AUS DER ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG

Regulierter Bestand	**TEUR**
Erhöhung der Anwartschaften aus dem Schlussüberschussanteilsfonds bei Rentenantritt	2.167
Erhöhung der Ruhegelder	381
Auffüllung der Deckungsrückstellung im Todesfall	2
Deregulierter Bestand	
Erhöhung der Anwartschaften und Ruhegelder	7
Erhöhung der Anwartschaften aus dem Schlussüberschussanteilsfonds bei Renteneintritt	399
Beitragserstattung im Todesfall	0
GESAMT	**2.956**

BETEILIGUNG AN DEN BEWERTUNGSRESERVEN

Die überschussberechtigten Versicherungen werden gemäß § 153 VVG nach einem verursachungsorientierten Verfahren an den Bewertungsreserven, die den sogenannten Sicherungsbedarf gemäß Lebensversicherungsreformgesetzes vom 01.08.2014 übersteigen, beteiligt.

Im Geschäftsjahr wurden Bewertungsreserven von 1 TEUR (VJ 4 TEUR) als Leistungen gezahlt und 30 TEUR (VJ 4 TEUR) der Deckungsrückstellung zugeführt.

ANLAGE

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2025

	ANWÄRTER		INVALIDEN- UND ALTERSRENTE			HINTERBLIEBENENRENTEN					
	MÄNNER	FRAUEN	MÄNNER	FRAUEN	SUMME DER JAHRES-RENTEN	WITWEN	WITWER	WAISEN	SUMME DER JAHRESRENTEN		
									WITWEN	WITWER	WAISEN
	Anzahl		Anzahl		TEUR	Anzahl			TEUR		
Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	**1.711**	**24.081**	**475**	**4.585**	**12.764**	**302**	**0**	**0**	**104**	**0**	**0**
Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang Anwärter, Zugang Rentner	380	1.291	7	485	1.174	17	0	0	6	0	0
2. sonstiger Zugang	0	0	0	0	12	0	0	0	0	0	0
3. gesamter Zugang	380	1.291	7	485	1.186	17	0	0	6	0	0
Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	0	7	31	108	279	19	0	0	7	0	0
2. Beginn der Altersrente	7	396	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Berufs- oder Erwerbsfähigkeit (Invalidität)	0	89	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und	0	29	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und	172	655	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7. sonstiger Abgang	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8. gesamter Abgang	179	1.176	31	108	279	19	0	0	7	0	0
Bestand am Ende des Geschäftsjahres	**1.912**	**24.196**	**451**	**4.962**	**13.671**	**300**	**0**	**0**	**103**	**0**	**0**
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	614	12.587	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. in Rückdeckung gegeben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Pensionskasse vom Deutschen Roten Kreuz VVaG
Heilsbachstr. 16
53123 Bonn

Telefon: 0228 387554-0
Mail: info@pensionskasse-drk.de

www.pensionskasse-drk.de